

Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit: das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels

Geser, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geser, H. (1998). *Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit: das Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels*. Zürich: Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Soziologisches Institut. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-352490>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

SOCIOLOGY IN SWITZERLAND

Toward Cybersociety and vireal social Relations

Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit

Das Internet als Plattform der Medienentwicklung
und des sozio-politischen Wandels

Hans Geser

Version 2.0, Mai 1998

<http://www.geser.net>

Inhalt

Im Internet sind neuerdings embryonale Ansätze zu einer neuen politischen Öffentlichkeit zu erkennen, die sich auf alle Aspekte politischer Kommunikation erstrecken. Insbesondere scheint - in allerdings sehr veränderter Form - wieder eine Art "Meinungspresse" zu entstehen, die in den Printmedien in den letzten Jahrzehnten praktisch verschwunden ist. Die Medienwissenschaften sind aufgefordert, diese Entwicklungen in globaler Kooperation zu verfolgen und aus ihren Analysen konstruktive Schlussfolgerungen für die Realisierung einer gleichzeitig demokratischen, rationalen und einflussreichen politischen Öffentlichkeit zu ziehen.

Bibliographische Zitation:

Geser Hans: Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit. In: Sociology in Switzerland: Toward Cybersociety and Vireal Social Relations . Online Publikationen. Zuerich, Mai 1998 (Version 2.0). http://socio.ch/intcom/t_hgeser06.pdf

1. Die dekonstruktiv-pluralisierende Öffentlichkeit der Computernetze

Presse, Film, Radio und Fernsehen haben gemeinsam, dass sie nur für radiale Einwegkommunikation (von einem Sender zu vielen passiven Empfängern) geeignet sind und deshalb in fataler Weise dazu tendieren, durch Werbung, Propaganda (oder einfach durch selektive Auswahl des Dargebotenen) den Einfluss von Eliten und die Autorität zentralistischer Machtstrukturen zu unterstützen. Demgegenüber sind die technischen Möglichkeiten, um von Vielen zu Einem (oder von Vielen zu Vielen) zu senden, auf einem viel primitiveren Niveau stehengeblieben.¹

So lassen sich monopolistische Pressemedien und Fernsehanstalten spannungsfrei in diktatorische Regimes oder die amtscharismatische Hierarchie der katholischen Kirche integrieren, nicht aber in demokratische Rechtsstaaten, wo - wie z.B. bei der BBC oder der ARD - komplizierte öffentlich-rechtliche Konstruktionen nötig sind, um den Dauerkonflikt mit dem liberal-demokratischen Umfeld zu reduzieren.

Aus dem ökonomischen Zwang, ihre immensen Fixkosten möglichst breit zu verteilen, entsteht überdies ein immanenter Trend zur Konzentration, der sich momentan in einer raschen Dezimierung kleinerer Regionalzeitungen, im Wandel von ideologisch profilierten Pressemedien zu konturlosen "Forumszeitungen" und im unaufhaltsamen Vordringen globaler Medienangebote manifestiert.²

Daraus entsteht die von Habermas bereits 1961 beklagte "Vermachtung" der Medienöffentlichkeit, in die Zugangschancen zu öffentlichen Meinungsäußerungen und Selbstdarstellungen eine extreme Ungleichverteilung annimmt, die mit dem Umfang an privatem Kapitaleigentum und/oder dem Zugang zu politischen Machtquellen korreliert.

Das *de jure* für alle verbürgte Grundrecht der "Pressefreiheit" beinhaltet für die Herren Murdoch und Turner die Möglichkeit, weltweite Satellitenprogramme zu betreiben; für die meisten von uns aber nicht einmal das Recht, einmal im Leben einen Leserbrief gedruckt zu sehen.

Insofern noch Meinungsvielfalt besteht, handelt es sich immer häufiger um einen unternehmensintern erlaubten (bzw. aus opportunistischen Gründen veranstalteten) Pluralismus, der nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass für die autoritäre Durchsetzung von Zensurstandards ja eine weitgehende Gleichschaltung der Medien heute optimale objektive Voraussetzungen bestehen.

Sicher werden derart inklusive Medien insofern geschätzt, als sie dafür sorgen, dass auf weiten Strecken eine relativ professionell recherchierte Berichterstattung und eine moderate, nichtpolarisierende Meinungsbildung dominiert, dass die Politiker sich der Kontrolle einer machtvollen, relativ unabhängig agierenden "vierten Gewalt" beugen müssen, und vielleicht auch: dass sich anlässlich von Olympischen Spielen oder

¹ Vgl. Geser 1996.

² "Apart from all political considerations, there are economic reasons why all conventional media are broadcasting media aiming to spread their messages to a maximum number of recipients. This is so because the establishment and maintenance of these media implies high fixed costs which only pay out when selling markets are very extensive (e.g. when many newspaper copies can be sold. (Anderson 1983)

Prominentenbeerdigungen die halbe Menschheit kurzfristig zu einer Erlebnisgemeinschaft zusammenfindet.³

Auf der andern Seite beklagen wir, dass vorzugsweise über Vorgänge an der Spitze der nationalen Politik berichtet wird, während Ereignisse auf niedrigeren Niveaus unterbelichtet bleiben; dass minoritäre Gruppierungen und Regionen in Radio und Fernsehen kaum zur Geltung kommen; dass es in immer mehr Städten keine eigene Tageszeitung (geschweige den eine Mehrzahl konkurrierender Blätter) mehr gibt; dass auch viele mesosoziale Akteure (z.B. Parteien, Gewerkschaften u. a.) ihre angestammten Medien verlieren, die der Gesamtheit bisher eine pluralistische Struktur verliehen haben, ja dass sogar kleinere Nationen der Integrationswirkung ihres Fernsehens verlustig gehen, weil supranationale Satellitenprogramme auf grösseres Publikumsinteresse stossen.⁴

Mit ihrer Vertikaldifferenzierung zwischen exklusiven Sendeeliten und passivem Publikum haben die Massenmedien Elemente paternalistischer Elitenherrschaft konserviert und erscheinen immer mehr als Relikte aus autoritär-kollektivistischen Gesellschaftsformationen und politischen Regimes, wie sie in der ersten Hälfte des 20. Jh. vielerorts vorherrschend waren.

Sie passen immer weniger in einer Zeit, wo von Arbeitnehmern die Übernahme unternehmerischer Mitverantwortung und von Laien gläubigen die aktive Mitgestaltung des Sonntagsgottesdiensts erwartet wird, wo in den Schulen der Frontal- dem Gruppenunterricht weicht und die öffentlichen Verwaltung sich bemüht, die Bürger als mündige und kommunikationsfähige "Kunden" (statt als machtunterworfenen Subjekte) zu behandeln.

Vor allem stehen sie im zunehmenden Spannungsverhältnis zum politischen Stil Neuer Sozialer Bewegungen, die sich nicht mehr auf charismatische Führerschaft und monopolistisch verwaltete Ideologien abstützen und deshalb auch kein "Zentralorgan" mehr benötigen; sowie zum ständig anwachsenden Segment gut ausgebildeter Bürger(innen), die motiviert und befähigt sind, sich aus autonom seligierten Informationsquellen selber eine Meinung zu bilden und in der öffentlichen Diskussion eine aktive Rolle zu übernehmen.

Zudem ist ihre Legitimationsgrundlage zur autoritativen Vorselektion von Informationen und Ausübung von Meinungsführerschaft in der Masse brüchiger geworden, als sie sich aus ihrer Verankerung in politischen Parteien und Weltanschauungen gelöst haben und sich allenfalls noch aus opportunistischen Gründen temporär in den Dienst modisch volatiler Zeitgeistströmungen (z.B. einer beengenden und von vielerlei Desinformationen begleiteten "Political Correctness") stellen.

Im folgenden wird die Auffassung vertreten, dass die neuen globalen Computernetze

³ Dem Radio kommt die historische Bedeutung zu, zum erstenmal weitreichende gemeinsame Erlebnisse zwischen einander unbekanntem, durch keinerlei andere Bedingungen verknüpften Menschen gestiftet zu haben.

"For the first time in history people unknown to each other who met knew what each had in all probability heard (or later seen) the night before: the big game, the favorite comedyshow, Winston Churchills speech, the contents of the news bulletin." (Hobsbawn 1996: 196).

⁴ Vgl. Geser 1997

- a) aufgrund ihrer objektiven technischen Merkmale geeignet sind, dem zentripetal-homogenisierenden Wirkungen der Massenmedien ein zentrifugal-ausserinstitutionelles Korrektiv entgegenzusetzen,
- b) in eine Gesellschaft hineinwachsen, in der eine lebhaftere (weil lange Zeit rückgestaute) Nachfrage nach Ausschöpfung derartiger Potentiale besteht,
- c) einen (in Embryonalform bereits erkennbaren) "Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit" induzieren werden, der sich auf alle Aspekte und Phasen politischer Kommunikation - von der basalen Meinungsartikulation bis zur Entscheidungsfindung - erstreckt.

Das Internet muss als eine technische Innovation höchsten Ranges betrachtet werden, die bezüglich der Universalität und Tiefe ihrer sozio-kulturellen Implikationen höchstens noch mit dem Elektrizitätsnetz verglichen werden kann.

Während mit der Elektrizität ein universalisierter Zugang zu *Energie* (unabhängig von Zeit, Raum und sozialen Kontrollen) geschaffen wurde, besteht die allgemeinste Funktion der globalen Computernetze darin, ihren Nutzern unabhängig von Ort, Zeit und sozialen Kontrollen äusserst niederschwellige Zugangsmöglichkeiten zu weltweiter *Information, Kommunikation und Publikation* verfügbar zu machen.

Dementsprechend ist ihr Wirkungsschwerpunkt weniger auf Bereiche begrenzt, wo viel Energie verwendet wird (Industrie und Haushalte), sondern erstreckt sich auf alle Bereiche menschlicher Kommunikation, besonders aber die durch Kommunikation wesentlich *konstituierten* institutionellen Bereiche (z.B. Wissenschaft, Bildung, Marketing und Politik).

"Niederschwellig" heisst nicht nur, dass nur geringe Finanzmittel und Kenntnisse nötig sind, sondern vor allem auch: dass man nicht auf die Unterstützung irgendwelcher Institutionen oder Organisationen angewiesen ist, die den Zugang zur Öffentlichkeit kontrollieren.

Bereits nach wenigen Jahren stürmischer Expansion (seit der Erfindung des WWW 1991) ist konstatierbar, dass das Internet in praktisch institutionellen und kulturellen Milieus Fuss gefasst hat, Arbeits- und Freizeitwelten gleichermaßen übergreift und zu einem öffentlichen Raum geworden ist, in dem individuelle und kollektive Akteure der verschiedensten Art miteinander in reziprok-kommunikative Verbindungen treten.

2. Internet und politische Kommunikation

Da das Internet im wissenschaftlichen Raum entstanden ist und seither eine stark kommerzielle Prägung erhalten hat, stellt sich die berechnete Frage, inwiefern es überhaupt für *politische* Information und Kommunikation Verwendung findet.

Aus der untenstehenden Wortzählung in ALTAVISTA (einem der umfassendsten Suchkataloge) geht hervor, dass die Themen Staat und Politik zwar nicht mit der Wirtschaft, sehr wohl aber mit den Bereichen Wissenschaft, Medizin und Technik Schritt zu halten vermögen.

Auffällig ist aber, dass sich die politische Kommunikation im deutschen Sprachraum sehr einseitig auf das WWW beschränkt, das bekanntlich den konventionellen Ein-

wegmedien noch am nächsten kommt und deshalb auch am meisten dazu taugt, den institutionellen Zentren politischer Macht und etablierten Organisationen als Diffusionskanal zu dienen. Im angelsächsischen Raum scheint sie sich weit stärker auch auf die anarchischere und kommunikativere Sphäre der Diskussionsgruppen (USENET) zu erstrecken, die vor allem von Einzelpersonen in Anspruch genommen werden.

Wortzählung: ALTAVISTA, 6. März 1998⁵

1. Weltweit: englisch

	WWW	USENET
<i>Politics OR political</i>	1 587 640	283 378
<i>Government OR public administration</i>	3 295 155	123 204
<i>Religion OR religious</i>	1 186 167	153 949
<i>Science OR scientific</i>	4 115 709	209 726
<i>Technics OR technical</i>	2 673 463	354 873
<i>Medicine OR medical</i>	3 020 934	100 956
<i>Art OR artistic</i>	3 671 253	136 046
<i>Business OR commercial</i>	8 944 733	460 606

⁵ <http://altavista.digital.com/>

2. Deutsch

	<i>WWW</i>	<i>USENET</i>
<i>Politik OR politisch*</i>	184 966	1501
<i>Staat OR öffentliche Verwaltung</i>	46 119	829
<i>Religion OR religiös*</i>	11 607	23 277
<i>Wissenschaft OR wissenschaftlich*</i>	68 241	185 068
<i>Technik OR technisch*</i>	135 710	486 120
<i>Medizin OR medizinisch*</i>	74 826	637
<i>Kunst OR künstlerisch*</i>	120 678	694
<i>Unternehmen OR kommerziell*</i>	247 951	1595

Die Frage, in welcher Form und zu welchem Zweck im Internet politische Kommunikation veranstaltet wird, kann angesichts der immensen Vielfalt und kurzfristigen Variabilität der empirischen Phänomene hier nur eine sehr vorläufige - und im Hinblick auf die Zukunft spekulative - Antwort finden.

Bereits eine oberflächliche Bestandesaufnahme politischer Netzanwendungen muss - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - die folgenden sieben Anwendungsbereiche unterscheiden:

1. *Selbstdarstellung und Identitätsbildung politischer Akteure*
2. *Politische Meinungsartikulation*
3. *Politische Diskussion*
4. *Wahlen und politische Repräsentation*
5. *Politikbezogene Information*
6. *Politische Kampagnen und Bewegungsaktivitäten*
7. *Partizipative Entscheidungsverfahren*

1. *Selbstdarstellung und Identitätsbildung politischer Akteure*

Webauftritte bieten für alle politischen Kollektive und Akteure einen Anlass, sich ihrer eigenen Identität und ihrer Rolle in der Gesellschaft neu zu vergewissern. Neu ist, dass selbst kleinste Einheiten eine eigenständige und mit Blick auf die Weltöffentlichkeit gestaltete Selbstdarstellung konzipieren, die meist unprofessionell von Systemmitgliedern selbst kreiert wird und - teils unter Einbezug von Rezipientenfeedbacks - einer dauernden flexiblen Neuanpassung unterliegt.

Keine Gemeinde und keine parteiinterne Splitterfaktion ist so klein, dass sie nicht in der Lage wäre, im Internet eigenständig ihre Existenz zu bezeugen und ihre Grün-

dingungsgeschichte, Wertorientierungen, Zielsetzungen und Aktivitäten eigenständig zu präsentieren; und manchen mikroskopischen Gruppierungen kann überhaupt nur auf dem Internet begegnen.⁶

Die relevante Frage ist hier nicht mehr: wer kontrolliert den Zugang zu Publikationskanälen, (= primär eine Frage der Macht- und Vermögensverteilung), sondern: wer ist in der Lage, für seine Publikationen verbreitete Beachtung zu finden (=primär eine Frage der multimedialen Ausdrucksfähigkeiten, des attraktiven Informationsangebots und/oder der öffentlichen Reputation).

So ist keineswegs ausgemacht, dass offizielle staatliche Webangebote bei den Usern einen der Macht und Autorität des Urhebers einigermaßen entsprechenden Zuspruch finden.

In der Schweiz zum Beispiel stellt man paradoxerweise fest, dass ausgerechnet ein paar sehr kleine, wenig bekannte Gemeinden mit phantasievoll-attraktiven, gutbesuchten Angeboten vertreten sind, während sich z.B. die Zürcher Stadtregierung noch nicht zu einem offiziellen Webauftritt hat durchringen können und die Websites grosser Kantone (Zürich, Bern und Graubünden) einen eher nüchternen, wenig innovativen Eindruck machen⁷

Der offensichtliche Grund dafür liegt darin, dass grosse politische Einheiten bei ihrer Selbstdarstellung Mühe haben, weil vielfältige Interessen berücksichtigen müssen, während es kleineren Regionen und Gemeinden ebenso wie spezialisierten Ämtern viel leichter fällt, allgemein zustimmungsfähige Präsentationsinhalte (z.B. lokale Kunstwerke und Naturschönheiten oder interessierende Spezialinformationen) zu finden.

Mit andern Worten: der hauptsächliche Flaschenhals entsteht bei Online-Kommunikationen meist nicht aus Mangel an Ressourcen oder Qualifikation, sondern aus Schwierigkeiten interner Konsensfindung, die mit der Heterogenität von Interessen (insbesondere wenn sie organisiert sind), aber auch mit der Vielfalt möglicher Darstellungselemente exponential zuzunehmen pflegen.

Generell mag das Internet bewirken, dass Bürgerinnen und Bürger den "Staat" weniger als jemals früher als Einheit erfahren, sondern als eine Vielzahl disparater Einzelakteure, die durch ihren eigenständigen öffentlichen Auftritt möglicherweise auch zusätzliche Autonomiespielräume gewinnen.

Diese Fragmentierung mag sich in dem Masse verstärken, wie das neue Medium interaktive Verwendung findet: weil sich die Meinungskundgaben, Beschwerden und Forderungen der Bürger je nach ihrem Inhalt auf völlig verschiedene (spezifische) Anlaufstellen verteilen.

Staaten, Länder und Gemeinden und andere etablierte politische Einheiten werden in ihren Chancen erfolgreicher Selbstdarstellung auch deshalb geschwächt, weil sie auf dem Internet immer mehr durch Webangebote konkurrenziert werden, in denen sich

⁶ In der Schweiz z. B. der auf das Zürcher Oberland begrenzten "Evangelisch-sozialen Partei" (ESP), die sich ausschliesslich an linksgrün gesinnte evangelikale Christen wendet und mit ihrem öffentlichen Auftritt vielleicht die Hoffnung verbindet, bei den nächsten Wahlen eine von der Mutterpartei (EVP) getrennte Liste zu präsentieren. <http://www.esp.ch/>

⁷ Vgl. Geser, Hans 1997

“Regionen”, “Kulturen”, “Ethnien” “Völker” oder quer zu formellen Territorialgrenzen verlaufende Entitäten als Referenzebenen für kollektive Identifikation anbieten.⁸

So kann das WWW manchen historischen Stadt- und Regionalidentitäten wieder zur Sichtbarkeit verhelfen, die sich im konventionellen Mediensystem nicht haben ausdrücken können, und ist deshalb dem Verlust politischer Eigenständigkeit bloss als informelle-subinstitutionelle Folklore erhalten geblieben.⁹

Auf der internationalen Ebene machen verständlicherweise praktisch alle sezessionistischen oder integrationistischen Gruppierungen, die den territorialen Status quo der internationalen Ordnung ändern möchten von den neuen Möglichkeiten günstiger Selbstdarstellung Gebrauch: mit dem doppelten Ziel, einerseits ihre Binnenkohäsion zu fördern und andererseits die Weltgemeinschaft von der Existenz und Stärke ihrer Bewegung und der Legitimität ihrer Zielsetzungen zu überzeugen.

Basken, Nordiren, Kurden, Polisario, die Kashmir-Rebellen, Tibeter, Tamilen, Tschetschenen und Zapatisten sind sich - jenseits der immensen Differenzen ihrer kulturell-ideologischen Prägung ihrer politischen Ziele und Aktionsstrategien offensichtlich in dem Punkte einig, dass eine Präsenz im Internet mehr Vor- als Nachteile verspricht.

Die doppelte Zielrichtung von Webauftritten (nach innen und aussen) wird beispielsweise in dem von kurdischen Emigranten in Deutschland betriebenen “Kurdistan Web” besonders deutlich: eine der reichhaltigsten Websites, die man auf dem Netz finden kann.

Einerseits ist es eine typische “Homesite”, die die Kurden überall auf der Welt dazu einlädt, bei ihren vielfältigen Angeboten über Politik, Geschichte, Geographie, Literatur, Volksbräuche des eigenen Volkes möglichst ausführlich zu verweilen (und dabei auch nicht vergisst, die Kinder mit speziellen “Spasseiten” anzulocken).

Auf der andern Seite hat natürlich gerade diese Reichhaltigkeit das taktische Ziel, die Welt vom Bestehen einer intakten, einheitlichen kurdischen Volkskultur zu überzeugen – und damit für die in aggressivem Unterton präsentierte Alternativlandkarte zu werben, auf der ein aus Teilen der Türkei, Syriens, Iraks und Irans zusammengesetzter Grosskurdenstaat eingezeichnet ist.

Das Internet scheint also zu einem (relativen) Bedeutungsverlust der nationalen Ebene zu führen, weil es einerseits die lokalen und regionalen und andererseits die transnationalen Netzplattformen sind, die disproportional stark expandieren

Zumindest in diesen Anfangsjahren seiner Genese und Ausbreitung bietet das Internet das Bild einer riesigen Experimentierwerkstatt, in der mit wenig Aufwand und Risiko vielfältigste Möglichkeiten politisch-territorialer Identifikation produziert und angeboten werden in der oft nur vagen - Hoffnung, damit auf eine gewisse Nachfrage zu stossen.

⁸ So z. B. die Bodenseeeregion, die sich als ein sogar über die Grenzen der EU hinausreichender Wirtschafts- Kultur- und Kommunikationsraum konstituiert

(vgl. <http://www.bodan.net/regioninfo/index.html>), oder an der entgegengesetzten Südostecke der Schweiz die COTRAO (Communauté de travail des Alpes occidentales), die erstaunlicherweise fast nahtlos mit der Ausdehnung des ehemaligen Herzogtums Savoyen koinzidiert

<http://www.unil.ch:8080/cotrao/welcome.html>

⁹ Geser 1997

Längerfristig bietet die Netztechnologie günstige Voraussetzungen dafür, dass das mediale "Angebot" an Identitätskonstruktionen der jeweils aktuellen "Nachfrage" entspricht: weil Anbieter wöchentlich, ja täglich und stündlich beobachten können, ob ihre Präsentationen auf Interesse stossen (bzw. aus den Rückmeldungen instruktive Informationen darüber beziehen, ob und in welche Richtung die Angebote verändert werden sollen).

2. Politische Meinungsartikulation

Das Internet stellt bereits heute sicher das umfassendste Panoptikum politischer Meinungsvielfalt dar, das es jemals in der Geschichte gab.

Genau konträr zu Radio und Fernsehen bietet es die Entstehungsgrundlage für offene, dereguliert-pluralistische "polymorphe" Netzwerkstrukturen, in denen sich Staaten und Grosskonzerne mit Städten und Gemeinden, Parteien, Verbänden und spontanen Initiativgruppen auf derselben Kommunikations- und Kooperationsebene treffen.

Aufgrund der äusserst geringen Einstiegs- und Betriebskosten profilieren sich auf dem Internet vielfältige formal organisierte Verbände oder auch informellere Initiativgruppen, die infolge ihrer begrenzten Finanz- und Personalmittel bisher kaum an die Öffentlichkeit getreten sind und vielfach nur einfach ausprobieren, ob und in welcher Richtung für ihre Angebote eine Nachfrage besteht.

Zusammen mit den Sites von Einzelpersonen und teils exotischer Ad hoc - Gruppen ergibt sich eine sich wöchentlich wandelnde politische Netzöffentlichkeit, die im Vergleich zur Offline-Szene ein breiteres ideologisches Spektrum und eine grössere Themenvielfalt umfasst. Vor allem fungiert das Internet auch eine "Überwinterungsstätte" für mancherlei momentan deaktualisierte Gruppen (z.B. in der Umwelt- oder Entwicklungspolitik), sowie als Brutstätte neuer politischer Kräfte, die (noch) über keine anderen Ausdruckskanäle verfügen.

Gewisse Anzeichen sprechen für das Neuentstehen einer Art "Meinungspresse", die - wie Online - Politik generell - von einer starken Verlagerung von personalpolitischen zu sachpolitischen Diskursen gekennzeichnet ist. In der Schweiz z. B. findet man das eher satirische Magazin "Biwidus"¹⁰, das im Dezember 97 bereits auf hundert Online-Ausgaben zurückblicken konnte; "Ch-libre"¹¹ als Forum derjenigen, die mit dem massenmedial verordneten Antipatriotismus nicht einiggehen können; die "Christliche Internet-Zeitung"¹², die wortgewaltig wertkonservative Positionen vertritt, die von der CVP und EVP inzwischen aufgegeben worden sind; oder die überaus angriffige Stadtbasler "Rheinstrasse-Zeitung", die sich seit Monaten auf die Verhinderung eines einzigen Bauprojektes konzentriert.

Mit ihrem Verzicht auf integrale Weltdeutungen sind solche Publikationen von den ideologisch-propagandistischen Parteizeitungen der ersten Jahrhunderthälfte natür-

¹⁰ <http://www.biwidus.ch/>

¹¹ <http://www.stacher.ch/chlibre/chlibre.html>

¹² <http://www.ciz.ch/>

lich astronomisch weit entfernt. Um so faszinierender ist die Frage, inwiefern sie dennoch (bzw. deswegen) in einer sich neu formierenden politischen Netzöffentlichkeit orientierend und meinungsbildend wirken.

Für die konventionellen Massenmedien gilt, dass sie einerseits einen hohen Einfluss auf das "Agenda Setting" und die Meinungsbildung in der allgemeinen Öffentlichkeit entfalten, andererseits aber gerade dadurch genötigt sind, ideologische Extrempositionen zu meiden und sich an vielerlei Umwelteinflüsse opportunistisch zu adaptieren. Im Internet finden sich umgekehrt Akteure, die kompromisslos weltanschaulich hoch profilierte Positionen vertreten, dafür aber nur eine geringe Zahl von Rezipienten (die sich überdies untereinander kaum kennen) um sich scharen.

Sie tragen dazu bei, dass die Netzöffentlichkeit in eine Vielfalt von "weak publics" (Nancy Fraser) zerfällt, die simultan über unterschiedlichste Themen diskutieren, ohne auf aktuelle politische Entscheidungsprozesse Rücksicht zu nehmen.

Derselbe Fragmentierungsprozess setzt sich auch innerhalb der Parteien und Verbände fort, wo wiederum auffällt, dass innerparteiliche Faktionen (z.B. Junge Freisinnige oder Sozialdemokratische Frauen) oft mit attraktiveren, informationsreicheren Angeboten auf dem WWW präsent sind als die umfassende formale Parteiorganisation selbst.

Generell gilt: wenn alle sich mühelos zu Wort melden können, wird es viel wahrscheinlicher, dass faktisch bestehender Dissens auch offensichtlich wird und bisher kultivierte Konsensannahmen zerstört

Für die Führungseliten von Parteien, Verbänden und anderen Vereinigungen beispielsweise wird es schwieriger werden, das Wort "wir" zu verwenden - und damit einen kollektiven Konsens zu unterstellen, der bloss auf der Abwesenheit von manifestem Dissens oder auf der nicht falsifizierten Annahme einer zustimmenden "schweigenden Mehrheit" beruht.

Dies könnte bewirken,

- dass kollektiv verbindliche Entscheidungen immer häufiger nicht mehr einmütig, sondern nur noch mehrheitlich getroffen werden können: weil klar erkennbar ist, dass abweichende Minoritätsmeinungen bestehen.

- dass mehr als bisher nur noch Kollektive mit geringem internen Konsensbedarf überlebensfähig sind: z.B. jene, die ihren Minderheiten klar definierte Autonomieräume zugestehen und/oder ihre Konsensanforderungen auf hoch generalisierte (eher prozedural als inhaltlich definierte) Normen und Verhaltenserwartungen beschränken.¹³

3. Politische Diskussion

Zum erstenmal in der Geschichte ist die Situation geschaffen, dass auch für horizontale multilaterale Gruppenkommunikation (anstatt bloss für Einwegdiffusion oder für bilaterale telephonische Kontakte) sophistische technische Medien zur Verfügung stehen, die geeignet sind, manch offensichtliche Handikaps unmediatisierter face-to-face-Kontakte zu überwinden. Falls "kommunikative Öffentlichkeit" überhaupt

¹³ vgl. Geser 1996

etwas mit "öffentlicher Kommunikation" zu tun hat (was z.B. bei Habermas durchaus zweifelhaft bleibt), muss insbesondere das USENET als deren bisher wohl beste technische Realisierungsform betrachtet werden.

Die Erforschung dieser neuen Potentiale stellt sich als sehr aufwendiges, aber längerfristig lohnendes Unterfangen dar, weil die verfügbaren Technologien (wie auch die zu ihrer Nutzung verfügbaren individuellen Fähigkeiten) selber einem raschen Wandel unterliegen.

Im Vergleich zu kollokalen Primärgruppen besitzen computerunterstützte Kommunikationssysteme zweifellos gewisse gesteigerte "Rationalitätspotentiale", insofern

- *nonverbale "Störeinflüsse" (Gestik, Mimik, Charisma u. a.) ausgefiltert werden*
- *Rede und Gegenrede simultan schriftlich präsent sind*
- *kürzliche und länger zurückliegende Voten gleichermassen präsent bleiben*
- *alle Teilnehmer zu jedem Zeitpunkt dieselben Artikulationschancen besitzen*
- *umfangreiche Voten (z. B. auch Textdokumente) eingespielen werden können*
- *Repliken keinem Zeitdruck und keinen sozialen Beeinflussungen unterliegen.*

Ungeachtet dieser objektiv gegebenen Kapazitäten bleibt aber die empirische Frage entscheidend, wer sich überhaupt (und für welche Zwecke) an Online Diskussionen mitbeteiligt, inwiefern sie ähnlich wie face-to-face-Diskurse meinungsbildend und entscheidungsfördernd wirken, und unter welchen Bedingungen (der Thematik, Teilnehmerzusammensetzung, Moderation u. a.) in welcher Weise (und mit welchem Ergebnis) abzulaufen pflegen.

Das Wegfallen nonverbaler Stimuli hat zur Folge, dass erfolgreiche Online-Kommunikation um so mehr von Fähigkeiten des sprachlichen Ausdrucks abhängig wird; und die Inexistenz implizit-informeller Sozialkontrollen macht es um so notwendiger, die explizite "Netiquette" zu kennen, um sich im Austausch nicht unvorteilhaft zu profilieren. Beides zusammen bewirkt momentan, dass nicht nur Analphabeten sondern auch Angehörige linguistischer Minoritäten und "computerferner" Bevölkerungssegmente relativ stark benachteiligt werden (vgl. Wittig/Schmitz 1996).

Mit den elektronischen Diskussionsgruppen im "Usenet" ist nun eine zusätzliche Ebene äusserst informeller öffentlicher Kommunikation entstanden, die - trotz komplexer Technologie - der Stammtischrunde sehr viel näher steht als den konventionellen Massenmedien.

In mancher Hinsicht kann man gar sagen, dass es sich hier um die allerelementarste Kommunikationsebene handelt, weil sie dem unmittelbaren Artikulationsbedürfnis der Individuen überhaupt keine Hemmungen entgegensetzt und damit dazu prädestiniert

ist, die höchste Komplexität, Mannigfaltigkeit und Variabilität von Themenstellungen und Meinungsäusserungen zu generieren.

So wird sich ein Teilnehmer am Usenet weniger gehemmt fühlen, auch höchst unpopuläre, exotische, unmoralische oder sonstwie abwegige Positionen zum Ausdruck zu bringen, weil es im Gegensatz zu face-to-face-Gesprächen nicht damit rechnen muss, sich missbilligenden Blicke oder Bemerkungen anwesender Kollegen zuzuziehen oder gar auf Dauer ihrer freundschaftliche Zuwendung zu verlieren (vgl. z. B. Hiltz/Turoff 1993).

Je zahlreicher und je heterogener die weltweiten Netzbenutzer, desto mehr darf ich damit rechnen, auch für höchst seltsame Themen und Meinungen irgendwo Resonanz und Zustimmung zu finden - und je grösser die Zahl der Newsgroups, desto besser die Chance, dass ich mich auch als Extremist, als Chaot oder Sozialutopist irgendwo in passender Gesellschaft fühle.

Bezeichnenderweise tummeln sich im Internet besonders viele Gruppen mit überaus extremistischer und exotischer Ausrichtung, die - wie z.B. rassistische Neo-Nazis, militante antifeministische Männergruppen und andere "hate groups" - in einer besonders grossen Distanz zur dominierenden Wertekultur stehen (Schneider 1995; Sowa 1995b).

Sie profitieren alle von der Möglichkeit, sich ohne das Risiko von Zensur und Sanktionen frei artikulieren zu können, da es für die Teilnahme - im Gegensatz etwa zum Verfasser von Leserbriefen - nicht erforderlich ist, die wahre Identität preiszugeben und sich der Selektivität irgendwelcher Herausgeber und Redakteure zu unterziehen.

Bei manchen von ihnen mag es sich um den embryonalen Keim einer neuen sozialen Bewegungsgruppe handeln, die in Zukunft vielleicht expansiv an die Öffentlichkeit tritt und Zugang zu konventionelleren Medienkanälen gewinnt.

Nach allen verfügbaren Forschungsbefunden ist computergestützte Kommunikation überdies auch aus immanenten technischen Gründen sehr viel besser dazu geeignet, Heterogenität statt Homogenität zu produzieren.

So ist sie äusserst hilfreich, wenn es darum geht, im Brainstorming möglichst viele Lösungsvorschläge für ein gegebenes Problem zu sammeln oder sich über die Vielfalt von Denkweisen, Meinungen, Bewertungen Interessen oder Forderungen einen Überblick zu verschaffen.

Sehr viel weniger nützlich ist sie hingegen, wenn das Ziel darin liegt, Überzeugungsarbeit zu leisten oder im Hinblick auf eine Entscheidung Einmütigkeit zu generieren (vgl. Kerr/Hiltz 1982; Sproull/Kiesler 1993).

Das Internet scheint deshalb die Differenzierung der Öffentlichkeit in eine unbegrenzte Zahl teilweise äusserst kleiner Teilöffentlichkeiten zu katalysieren, indem jedermann in die Lage versetzt wird, selber Themen einzubringen und in jedem Spezialdiskurs seine eigenen Akzente zu setzen

Infolgedessen besteht die hauptsächliche Funktion des Usenet darin, komplementär zu den konventionellen Massenmedien die Aufmerksamkeit auf verschiedenste zusätzliche Themenstellungen und Meinungen zu erweitern, die momentan inaktuell sind und/oder aufgrund ihrer Ausgefallenheit in Presse, Radio und Fernsehen keinerlei Beachtung finden.

Angesichts des spekulativen Charakters all dieser Hypothesen stellt empirische Analyse politischer Online-Diskurse eines der dringendsten (und faszinierendsten) Forschungsdesiderate dar. Methodologisch kann sie sich auf günstige Grundlage stützen, weil alle bisher produzierten USENET-Messages archiviert worden und auf dem WWW kostenlos abrufbar sind.¹⁴

4. Wahlen und politische Repräsentation

Nachdem in den amerikanischen Kongresswahlen von 1996 praktisch alle Kandidaten *auch* auf dem Internet miteinander konkurriert haben, erhebt sich die Frage, inwiefern die Computernetze die vertikalen Beziehungen zwischen politischen Amtsträgern und ihrer Anhängerschaft verändern.

Möglicherweise werden die Kandidaten vermehrt auf jene Bevölkerungssegmente hören, die sich - wie z.B. gutgebildete jüngere Männer - über die neuen Medienkanäle disproportional stark bemerkbar machen; und vielleicht verhilft ihnen die Email dazu, mit ihrer Wählerbasis täglich (anstatt bloss in Wahlkampfphasen oder bei gelegentlichen "Sprechstunden") in kommunikativer Berührung zu bleiben.

Offen bleibt auch die Frage nach dem Einfluss neuer "monitoring sites", in denen man sich über sachpolitische Aussagen, das parlamentarischen Abstimmungsverhalten, das Steuereinkommen und die verbandlichen und wirtschaftlichen Einbindungen politischer Repräsentanten erkundigen kann.

Als ernsthafteste schweizerische Entwicklung auf diesem Feld muss die vom Tages-Anzeiger initiierte Site "politics.ch" (mit dem selbstbewussten Untertitel: "die Fünfte Gewalt") betrachtet werden, die ihren Besuchern als neuartigen "Volkssport" z.B. den folgenden unterhaltsamen Test anbietet:

"Mastermind

Mit diesem Programm können sie die Abstimmungen im Nationalrat nachvollziehen und Ihre eigenen Ansichten mit denjenigen der Abgeordneten vergleichen.

Stimmen Sie über eine beliebige Anzahl von Vorlagen ab Und schicken sie Ihre Voten auf die Datenbank.

Als Resultat erhalten Sie die Hitparade der Übereinstimmungen."¹⁵

Dieses Angebot stehen für ein neues *Rollenverständnis des Journalisten*, der sich nun nicht mehr als Informationsvermittler, Weltdeuter oder gar als Lehrer und Indoktrinator versteht, sondern als "facilitator", der seinen Rezipienten Wege zeigt, wie sie die sie interessierende Information selber beschaffen können.¹⁶

¹⁴ So vor allem bei "Deja-News": http://www.dejanews.com/home_ps.shtml

¹⁵ <http://www.politics.ch/>

¹⁶ Das gewählte Beispiel soll auch illustrieren, dass dieser transformative Wandel durchaus nicht exogen von der "Peripherie" her kommen muss, sondern im Zentrum der etablierten Medienanstalten initiiert werden kann. Die allseits neugegründeten Web-Abteilungen können sich längerfristig durchaus als "Trojanische Pferde" erweisen: d.h. als Einfallstore für neue Formen der Medienproduktion, die sowohl mit den bisherigen wirtschaftlichen und organisatorischen Gegebenheiten wie auch mit den professionellen Werten des etablierten Journalistenberufes in ein Spannungsverhältnis treten.

Solche und ähnliche Initiativen¹⁷ zielen auf den *gläsernen Abgeordneten*, über dessen politischen Werdegang man ebenso lückenlos Auskunft weiss wie über seine Verbindungen zur Wirtschaft und zu Verbänden, seine Unterstützungsquellen im Wahlkampf sowie sein faktisches Abstimmungsverhalten im Parlament.

Sie tragen dazu bei, dass Abgeordnete intensiver und zuverlässiger, aufgrund ganz spezifischer Gesichtspunkte ihres Entscheidungshandelns, beurteilt werden. Wahlversprechungen jeder Art gewinnen zusätzliche Verbindlichkeit, weil sie im Netz andauernd zugreifbar bleiben und die Grundlage für Beurteilungen der "Konsistenz" und "Selbsttreue" bilden. Dadurch entsteht die Gefahr, dass die Abgeordneten in ihrem eigenen Selbstverständnis sich sehr enge, operationale Kriterien des "Erfolgs" oder "Misserfolgs" zu eigen machen, anstatt das umfassende (nicht quantifizierbare) "Gemeinwohl" zu fördern.

Diese Problematik wird insbesondere auch im "Vote Tally"¹⁸ Projekt der National Taxpayers Union deutlich, das jedem Abonnenten von Compuserve, das Verhalten aller Kongressabgeordneten unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, inwiefern sie sich für die Begrenzung oder Reduktion der Staatsausgaben eingesetzt oder umgekehrt zur Expansion des Staatsbudgets) beigetragen haben.

Zusätzlich hilft "Bill Tally"¹⁹ zu beurteilen, inwiefern bestimmte Kongressvorlagen die voraussichtliche Wirkung haben, die Staatsausgaben zu erhöhen oder zu verringern.

Ähnlich wie Manager, die an der Aktionärsversammlung nach den Ergebnissen der Erfolgsrechnung beurteilt werden, können so auch Abgeordnete versucht sein, z.B. durch Befolgung einer rigiden Sparsamkeit eine günstige "Internet-Reputation" zu erwerben

Als vorläufige Leithypothese ist anzunehmen, dass zukünftige Politiker stärker aufgrund derart objektiv-sachlicher Kriterien beurteilt werden, weil es - vorläufig - kaum möglich ist, Charisma oder andere personengebundene Eigenschaften übers Netz zu transportieren.

Als Medium vertikaler Interaktion und Integration dürfte das Internet zukünftig in dem Masse bedeutsamer werden, als computergewandte jüngere Politiker in die Wahlkampfarena steigen, die ihre öffentliche Sichtbarkeit ohnehin schon auf eine professionell gestaltete Homepage abstützen und die Email benutzen, um mit ihrer Wählerschaft extensive und regelmässige Kontakte zu pflegen.

Im Vergleich zur rein presse- und fernsehzentrierten Wahlpropaganda der Vergangenheit werden die Chancen öffentlicher Einflussnahme auf eine schwer voraussehbare Weise neu verteilt: weil jene Kandidaten besonders prämiert werden, die im Umgang mit ihrer Wählerschaft viel Kreativität und Lernfähigkeit entwickeln (während die Relevanz professioneller Wahlpropaganda wahrscheinlich sinkt).

5. Politikbezogene Informationen

Die konventionellen Massenmedien müssen sich auf dem Entwicklungsweg zur "Informationsgesellschaft" notwendig als Fessel erweisen, weil sie aus innerer Logik eine notorische informationelle Unterversorgung der Gesellschaft stabilisieren.

¹⁷ In den USA z. B. Vote-smart <http://www.vote-smart.org/>

¹⁸ http://www.ntu.org/NTU/vote_tally/

¹⁹ http://www.ntu.org/NTU/bill_tally/usebill.html.cgi

Ein Hauptgrund dafür liegt darin, dass Redaktoren und Journalisten beim Aufsetzen ihres täglichen "Einheitsmenüs" immer vorrangig fragen, was wohl "dem" (typischen, bzw. modalen) Medienkonsumenten wissenswert erscheine - und was auch noch für den sprachlich unqualifiziertesten "Grenzrezipienten" (dessen intellektuelles Niveau weit unterhalb dem Durchschnittsrezipienten liegt) zumutbar sei.²⁰

Das Internet hebt diese Nivellierungs- und Homogenisierungszwänge auf, weil es infolge der geringen Fixkosten nicht mehr nötig ist, ein extensives Broadcasting zu betreiben.

Es bietet deshalb grundsätzlich neue Chancen, sich politisch vielseitig und umfassend zu informieren, indem man nämlich die Informationen selber beschafft, bewertet und miteinander synthetisiert, anstatt sich der paternalistischen Führung der Massenmedien zu unterwerfen.

Dementsprechend kann es sich in seinem reichen Informationsangebot an eine hoch individualisierte und pluralisierte Gesellschaft anpassen, in der z.B. die Mitglieder verschiedener Bewegungsgruppen oder Bürgerinitiativen je nach Zeitpunkt, Standort, Sachthema und Zielrichtung ganz unterschiedliche (immer hochspezifische) Informationsbedürfnisse haben. Nur via Internet ist es beispielsweise möglich, sich innerhalb von 30 Minuten über alle im Parlament hängigen Vorlagen zur Umweltpolitik, über die historische und aktuelle Entwicklung des Westsaharaproblems oder über die geltende Rechtssituation bei Asylaufnahmeverfahren (mit den einzelnen kantonalen Schattierungen) zu informieren oder volle Einsicht in offizielle Textdokumente (z.B. internationale Vertragswerke) zu gewinnen.

Bei meinem Testversuch, mich innerhalb einer guten Stunde möglichst umfassend über die Unabhängigkeitsbewegung in der Westsahara kundig zu machen, erhalte ich zum Stichwort "Polisario" am 6. März 1998 in der Suchmaschine HotBot²¹ 1729 Dokumente, die in der Reihenfolge abnehmender "Relevanz" angeordnet sind.

Dazu gehören:

1. Die umfangreiche **Westsahara Homepage**, die von einer "nichtstaatlichen Organisation zur Unterstützung des Referendums in der Westsahara" bereitgestellt wird. Abgesehen von einem vollständigen Inventar aller relevanten politischen Dokumente (UNO-Resolutionen, Statements der UNO-Botschaften an der UN-Generalversammlung u. a.) umfasst sie ein wöchentliches Nachrichtenbulletin und bietet Gelegenheit, sich mit der Geschichte, Poesie (insbesondere: Kriegsliteratur) und Tanzkultur des Saharoui-Volkes vertraut zu machen und über die Lebensweise seiner Frauen zu informieren.
2. **Die offizielle Publikation der Befreiungsfront: "L'Echo du POLISARIO"** (neun Nummern seit Herbst 1996), jede sehr umfangreich ausgestattet mit einer äusserst detaillierten Schilderung aller politischen Vorgänge und einer wörtlichen Wiedergabe der Stellungnahmen aller staatlichen Stellen und privaten Organisationen auf der Welt, die sich mit dem WestShara-Problem auseinandersetzen.
3. Eine Darstellung der Geschichte und aktuellen politischen Situation: bereitgestellt von der **Mbendi information Services**: einer Gruppe weisser Journalisten aus Südafrika
4. **EL KARAMA**, eine Publikation von zwei in Genf beheimateten "Association des familles des prisonniers et disparus sahraouis", die sich - unter Beizug von Berichten von Amnesty International - des IKRK und - auf die minutiöse Berichterstattung über Verhaftungen, Verschleppungen und Folterungen konzentriert.

²⁰ Vgl. dazu Imhof 1997.

²¹ <http://www.hotbot.com/index.html>

5. **TIRISNET**: ein von Insassen des bei Tindouf (Südalgerien) gelegenen Flüchtlingslagers gestaltetes Informationsangebot mit dem expliziten Ziel, die dort seit 20 Jahren lebende Exilbevölkerung via Internet in die Weltgemeinschaft zu integrieren.
6. Die 22 Websites verschiedener **Solidaritätsgruppen**, die sich in Spanien, Italien, England und den USA gebildet haben, z. T. mit ,liebvoller Präsentation von Kulturgut aus der Region (Sprichworte, Sandbilder u.a.) , sowie wichtigen Zusatzinformation über das Bildungssystem, zum Leben in den Flüchtlingslagern usw.).
7. Der Bericht einer **Studentenaustauschgruppe aus Westsahara**, die 1994 die Niederlande besucht haben
8. **RedFrog-"The Children's Art Gallery"** - Eine Sammlung von Kinderzeichnungen aus dem Flüchtlingscamp
9. **"Morocco and the Moroccan Sahara"**: eine historische Darstellung aus der politischen Sichtweise des Marokkanischen Regimes.
10. Das standardisierte Dateninventar über die Westsahara aus dem **World Handbook der CIA**
11. Ein ausführlicher Lexikoneintrag in der **Encyclopedia of the Orient**

Wichtiger als die immense Quantität der gefundenen Texte und Bilder ist die Heterogenität ihrer Quellen und Verfasser, aus dem sich eine extreme Vielfalt unterschiedlicher Perspektiven ergibt:

	Von oben	Von unten
Von innen	Führung der Polisario-bewegung	Flüchtlingscamps
Von aussen	UNO	Internationale Solidaritätsgruppen,

Vor allem wird die "Perspektive von oben" (seitens der Staaten und der UN) ergänzt einerseits durch den Blickwinkel **westlicher Aktivisten**, die sich in den Solidaritätskomitees zusammengefounden haben, sowie durch die **Betroffenen selbst**, die sich z.B. aus dem Flüchtlingslager von Tindouf aus in die Weltöffentlichkeit integrieren.

Mit Absicht habe ich ein Beispiel aus einer äusserst armen, marginalen Weltgegend gewählt, wo es kaum Netzanschlüsse gibt: nicht etwa das Beispiel der Kurden, der Eriträer, der Basken oder der Zapatisten – alles Fälle, wo derart reichhaltiges Internet-Material vorliegt, dass auch ein Arbeitstag nicht ausreichen würde, um sich einen Überblick zu verschaffen.

Und dennoch stehe ich nach einer Stunde vor einer Fülle von Material, der gegenüber alle Berichterstattung in den Zeitungen als ärmlich und unsystematisch-zufällig erscheint, dem Leser und Betrachter aber auch die Aufgabe stellt, sich über die Verlässlichkeit und Aussagekraft der Inhalte selbst ein Urteil zu bilden und eigenständig zu einer Synthese zu gelangen.

Sehr wohl spüre ich immer noch einen Bedarf nach professionellen Journalisten: aber nicht nach oberlehrerhaften Meinungsführern, die ihre subjektiven Werthaltungen und Beurteilungen mit dem Gestus der Allgemeingültigkeit verbreiten, sondern nach echten "information brokers", die mir helfen, mich im täglich veränderten Dickicht der Netzangebote zurechtzufinden und es mir ersparen, alle paar Wochen die grossen Suchmaschinen nach Neueinträgen abzusuchen.

Das obige Beispiel mag auch die ausgeprägte funktionale Komplementarität verdeutlichen, die zwischen dem Internet und der Gesamtheit der konventionellen Massenmedien besteht.

Mit Sicherheit werde ich weiterhin die Zeitung überfliegen und TV-Nachrichten sehen, um mich summarisch und extensiv über allerlei Auffälliges und "Wissenswertes" in der Welt auf dem Laufenden zu halten, das mit der Sphäre meines persönlichen Handelns in keinem (direkten) Zusammenhange steht. (Die Tendenz zum "Infotainment" und zu ritualisiert-regelhaftem Verhalten ist hier unausweichlich: denn insofern die Informationsaufnahme nicht instrumental-handlungsbezogenen Zwecken dient, muss sie sich zwangsläufig mit psychologisch-erlebnisbezogenen Motiven (Neugier, Zerstreuung, u. a.) verbinden.).

Das Internet wird aber bedeutsam, wenn ich gerade jetzt im Hinblick auf eine konkrete Handlungssituation (z.B. eine bevorstehende politische Wahl oder Volksabstimmung, die Aktion einer von mir unterstützten Bürgerinitiative oder die persönliche Spende an ein Drittwelt-Entwicklungsprojekt) genötigt sehe, mich über eine spezifische Thematik (oder Region) intensiv und vielseitig zu informieren. Im Gegensatz zum regularisierten Massenmedienkonsum entsteht ein viel variableres Rezeptionsverhalten, das sich an punktuellen situativen Interessen und Lebensbedürfnissen orientiert und sich überdies mit aktiv-kommunikativen Verhaltensweisen verbindet.

6. Politische Kampagnen und Bewegungsaktivitäten

Bisherige politische Kampagnen waren relativ stark an die Mitwirkung eines umfangreichen Hilfspersonals gebunden. Beispielsweise war es erforderlich, zu Fuss Flugblätter auszutragen, umständliche Adresslisten nachzuführen oder auf manuelle Weise Briefumschläge zu beschriften, abzufüllen und zuzukleben.

Insbesondere in grösseren Staaten blieb der Zugang zu umfassenden und erfolgreichen politischen Kampagnen deshalb auf Akteure mit relativ guter materieller und organisatorischer Ausstattung (z.B. etablierte Verbände) beschränkt.

Korrelativ dazu hat sich in der soziologischen Theorie der sog. "Resource Mobilization Approach" durchgesetzt, der es für selbstverständlich hält, dass soziale Bewegungen normalerweise durch potente Führungsinstanzen initiiert und alimentiert werden, anstatt "von unten her" zu wachsen (vgl. z.B. McCarthy/Zald 1977).

Bei elektronischen Kampagnen fallen die meisten dieser administrativen Tätigkeiten weg, so dass es auch kleinen Gruppen, ja sogar einzelnen Personen möglich wird, nicht nur als verantwortliche Träger, sondern auch als effektiv Ausführende einer politischen Kampagne zu fungieren.

Sie brauchen keine weitläufigere Organisation mehr aufzubauen (und schaffen dadurch allerdings auch keine Chance mehr für Frauen, junge Leute u. a., sich wenigstens indirekt oder nur "symbolisch" an politischer Aktivität mitzubeteiligen).

Computernetze erleichtern deshalb die Initiierung vielfältiger politischer Mikro-Kampagnen, die von Einzelnen oder kleinen Gruppen praktisch ohne finanziellen und organisatorischen Aufwand durchgeführt werden können.²² In der Schweiz nutzen z.B.

²² vgl. Geser Hans: Auf dem Weg zur Cyberdemocracy?

Initiativ- und Referendumskomitees die neue Plattform für die Propagierung ihrer Anliegen²³, und Petitionsgruppen können durch (allerdings juristisch unauthentifizierte) Online-Stimmen zusätzliche Unterstützung mobilisieren.²⁴

Der Gebrauch direkt-demokratischer Volksrechte könnte dadurch zusätzlichen Auftrieb erhalten, während die Bedeutung intermediärer Instanzen (Parteien und Verbände) noch weiter sinkt.

Besondere Vorteile der kollektiven Organisation ergeben sich vor allem für Gruppen mit geographisch weit verstreuten Mitgliedern, die ausschliesslich dank Computernetzen in der Lage sind, sich wechselseitig kennenzulernen und ihre Meinungen und Aktivitäten zu koordinieren. So haben beispielsweise die auf 160 Campus Universitäten verteilten chinesischen Studenten in den USA bereits seit 1989 eine gleichermaßen extensive wie intensive Kommunikationsstruktur aufgebaut, die es ihnen erlaubt hat, auf Regierungsebene als wirksame Lobbygruppe in Erscheinung zu treten (Li 1990; Bonchek 1995: 11).

Faszinierend ist vor allem die enge vertikale Koppelung zwischen lokalen und globalen Ebenen politischer Öffentlichkeit, die sich aus der raumunabhängigen Diffundierbarkeit taktisch-lebenspraktischer Informationen und Verhaltensanweisungen ergibt.

Die bisherige Devise "Global denken, - Lokal handeln" entsprach einem Zustand sehr lockerer vertikaler Koordination, wo weltweite Kommunikationsprozesse - und insbesondere auch internationale Zusammenkünfte wie z.B. UNO-Konferenzen - bloss der Erarbeitung von Wertorientierungen und allgemeinen Zielsetzungen dienten, während die ganze Konkretisierungsarbeit und operative Umsetzung den regionalen und lokalen Aktionsgruppen überlassen wurde.

Heute könnte es eher heissen: "Global konzipieren, diskutieren, projektieren, koordinieren - und lokal handeln"; denn die internationale Kooperation kann mühelos täglich und stündlich vor sich gehen und sich deshalb auf konkreteste Einzelheiten der politischen Argumentation und Aktionsplanung sowie auf den Austausch rein technischer und taktischer Informationen erstrecken: etwa auf Rezepte zum Bau wirksamer Molotow-Cocktails oder auf Verhaltensregeln gegenüber Polizei und Justiz

Vor allem die im internationalen Raum tätigen nichtstaatlichen Organisationen (INGO's) dürften in Zukunft an Bedeutung verlieren, weil soziale Bewegungen und Aktionsgruppen weniger auf die Unterstützung durch formale Rahmenstrukturen und repräsentative Führungsgremien angewiesen sind. Dadurch verringert sich die Chance von Eliten, sich als "social entrepreneurs" zu betätigen und im Namen einer unsichtbar bleibenden Anhängerschaft eigene Positionen und Strategien durchzusetzen.

Insbesondere wird den unterentwickelten Ländern des Südens die Fähigkeit zuwachsen, in der globalen Öffentlichkeit mit einer Vielzahl von Stimmen zu sprechen, und ihre Kontakte zur entwickelten Welt auf ein dichtes Netzwerk relativ informeller

http://www.geser.net/intcom/t_hgeser00.pdf

²³ z.B. der VCS bei seiner Initiative "Strassen für Alle" <http://www.strassen-fuer-alle.ch/>

²⁴ So die Jungfreisinnigen bei ihrer Bundespetition für die Einführung elektronischer Volksabstimmungen <http://www.jungfreisinnige.ch/petition/internet.htm>

und kleinformatischer Beziehungen (z.B. Paten- und Partnerschaften zwischen Gemeinden, Familien, Vereinsgruppen oder Einzelindividuen) abzustützen.

Generell unterstützt das Internet sehr gut das ausgeprägt sachbezogene Politisieren, wie es für die progressiven "Neuen Sozialbewegungen" (Frauen-, Alternativ-, Ökologie- und Friedensbewegung u. a.) kennzeichnend ist. Sehr viel weniger eignet es sich für personenbezogene Bewegungsgruppen (z.B. LEGA NORD), weil die charismatische Integrationswirkung einer Führungsperson nicht zur Geltung gebracht werden kann.

Möglicherweise nimmt das Gesamtvolumen der politischen Partizipation in der Gesellschaft zu, wenn Bürger(innen) ohne formelle Bindungen frei entscheiden können, wann sie sich in welcher Weise in welcher Organisation und für welches Sachthema engagieren. Vor allem dürften dadurch relativ passive Bevölkerungssegmente punktuell "politisiert" werden, die für formale politische Vereinigungen bisher nicht erreichbar waren.

Andererseits werden diese zusätzlichen Beteiligungspotentiale wohl einen besonders volatilen Charakter haben, weil sie meist auf sehr lockeren, akzidentiellen, transitorisch-reversiblen Engagements beruhen.

7. Politische Entscheidungsprozesse

Naheliegenderweise hat sich die Diskussion über die politische Relevanz der Computernetze bisher auf die öffentlichsten - und damit auch der Forschung zugänglichsten - Sphären politischer Kommunikation (im WWW und USENET) konzentriert. Vielerlei pessimistische Schlussfolgerungen sind in Wahrheit darauf gegründet, dass dabei naturgemäss nur sehr entscheidungsferne Bereiche basaler Selbstdarstellung und "elektronischer Stammtischkonversation" in den Blick geraten, in denen sich grossenteils viel Unbeholfenheit und ein niedriges Rationalitätsniveau manifestiert

In entscheidungsnahen politischen Kommunikationsbereichen dominieren wohl eher nichtöffentliche Anwendungen der Computernetze: z.B. wenn parteiinterne Arbeitsgruppen via Intranet oder mailing lists ihre Geschäfte vorbereiten, oder wenn auf verschiedenen Kontinenten verstreute Exekutivmitglieder eines Weltverbandes, die sich bisher nur einmal pro Jahr zu einer Sitzung getroffen haben, via Email nun in der Lage sind, auch zwischendurch täglich, ja stündlich miteinander zu kommunizieren. Ein Beispiel: die Exekutive der nordnorwegischen Streugemeinde Salangen²⁵ trifft viele ihrer Entscheidungen auf dem Formularwege: indem jedes Mitglied allen anderen Emails sendet.

Mit sechs Mausclicks können sie erledigen, wozu es bisher 42 Briefe gebraucht hat – und dies mehrmals am Tage hin und her – und zu jeder Tages- Wochen- oder Jahreszeit: ganz unabhängig davon, wo sich die Mitglieder, die beruflich vielleicht Fischer, Förster oder Jäger sind, gerade befinden.

So können Computernetze die Einflussposition nebenamtlicher Milizbehörden gegenüber der professionellen Verwaltung verstärken, weil selbst wenig abkömmliche, meist in ganz anderen Rollen absorbierte Mitglieder in der Lage sind, sich (ungeachtet

²⁵ vgl. Ytterstad, Pal/Akelsen, Sigmund/Svendsen Gunnvald Teledemocracy: using information technology to enhance political work (<http://www.tft.tele.no/internal/sigmund/POT/design.html>)

ihres Aufenthaltsorts) einerseits über Verwaltungsvorgänge auf dem Laufenden zu halten und sich andererseits laufend untereinander zu konsultieren.

Während derartige Verdichtungen horizontaler Ingroup-Kommunikation durchaus zu einer Verstärkung oligarchischer Elitenkontrolle führen können, sind andererseits aber auch Versuche ernstzunehmen, in öffentlichen Netzen plebiszitäre Abstimmungen (bisher meist nur konsultativer Art) stattfinden zu lassen. Im Falle der nord-irischen "Präferenda" beispielsweise wird aus der Möglichkeit Nutzen gezogen, dass Stimmende nicht bloss Ja-nein-Entscheidungen, sondern ordinale Präferenzvoten an die Zentrale senden können²⁶, und Marcel Bullinga hat für die Niederlande ein Modell vorgeschlagen, bei dem auch Entscheidungen darüber, welche Vorlagen thematisiert und zur Abstimmung gebracht werden sollen, dem allgemeinen Bürgereinfluss unterliegen.²⁷

Frühere Vorschläge zur technologischen Demokratiereform haben sich weitgehend am "liberalindividualistischen" Demokratiemodell orientiert, das im angelsächsischen Raum tiefe Wurzeln besitzt. Es geht davon aus, dass die Individuen mit bereits fertig strukturierten Werten, Identitäten, Interessen und Präferenzen ins politische System eintreten: so dass dort nur noch dafür Sorge getragen werden muss, dass sie diese Standpunkte auch zum Ausdruck bringen können.

Auf dieser Grundlage basiert beispielsweise auch das von Ross Perot vorgeschlagene Modell der "Teledemokratie", das hinreichend durch konventionelle Technologien wie Briefpost, Fax oder Telephon realisiert werden kann, weil es nur darum geht, individuelle Meinungskundgaben ins politische Zentrum zu transportieren.

Demgegenüber beruht das "zivilrepublikanische" Modell - das im Gefolge der Aufklärung beispielsweise von Hannah Arendt und Jürgen Habermas vertreten wird - auf der Vorstellung, dass diese Werte, Identitäten und Interessen selber das Produkt sozialer Interaktionsprozesse sind: und dass deshalb Sorge dafür getragen werden müsse, dass sich bereits ihre Herausbildung unter demokratischen Bedingungen (d.h. im herrschaftsfreien Diskurs egalitärer vernunftsuchender Subjekte) vollziehen kann (vgl. Fraser 1992: 130).

Das vielleicht Faszinierendste an den Computernetzen besteht darin, dass sie für dieses zweite Modell diskursiver (bzw. "deliberativer") Demokratie gewisse Realisierungschancen bieten, in dem auch die der Schlussabstimmung vorangehenden Selektionsprozesse (Auswahl der Themen, Ausformulierung der Entscheidungsalternativen, Festlegung von Traktandenlisten, Entscheidungssequenzen und formalen Abstimmungsmodalitäten usw.) einer egalitäreren Beteiligung unterliegen.

Die Durchführung juristisch verbindlicher Volksabstimmungen selbst ist an anspruchsvolle Voraussetzungen individueller Authentifikation (z.B. zur Verhinderung von Mehrfachteilnahme) gebunden, für die momentan noch keine hinlänglichen technischen Lösungen bestehen.

²⁶ vgl. <http://boris.qub.ac.uk/drn/prefer/>

²⁷ <http://www.xs4all.nl/~roesderz/english/teledemo/index.html>

Schluss

Als technische "Meta-Innovation", die selber einer immanenten Dauerevolution unterliegt, scheint das Internet neben den meisten anderen Bereichen von Kultur und Gesellschaft auch die politische Öffentlichkeit in vielfältiger, momentan noch keineswegs überblickbaren Weise zu affizieren.

Der Grund für seine spektakuläre Entfaltung liegt keineswegs in einem blinden technologischen Determinismus, sondern darin, dass es vielerlei bereits bestehende Bedürfnisse befriedigen und kreative Talente zur Entfaltung bringen kann, die im bisherigen etablierten Mediensystem keinen Platz finden konnten.

Es scheint evident, dass die konventionellen Massenmedien mit ihrer elitär gesteuerten Einwegkommunikation noch eine eher autoritäre und kollektivistische (für die erste Hälfte dieses Jahrhunderts charakteristische) Gesellschaftsstruktur repräsentieren und dementsprechend z. B. nicht in der Lage sind.

- den immer individualisierteren Informations- und Artikulationsbedürfnissen moderner Menschen,
- den Wünschen kleinerer Kollektive und marginaler Gruppen nach autonomer Selbstthematization und öffentlicher Selbstdarstellung,
- dem partizipativ-unkonventionellen politischen Aktionsstil Neuer Sozialer Bewegungen

Rechnung zu tragen.

Gesellschaftstheoretisch bedeutsam ist die Hypothese, dass das Internet die Ausdifferenzierung der politischen Öffentlichkeit zu einem *autonomen* sozialen Subsystem erleichtert, weil es Kommunikationssysteme ermöglicht, die - im Gegensatz zu den konventionellen Medien - gleichzeitig gegenüber ökonomischen Einflüssen (des Kapitalbesitzes und der Absatzmärkte) und politischen Einflüssen (seitens organisierter Verbände und Parteien) sehr unabhängig sind.

Eine derart optimistische Gesamtbeurteilung rechtfertigt sich vor allem aufgrund der Hypothese, dass sich die Kontrolle auf der Infrastrukturebene von der Kontrolle über die Sendeinhalte endgültig dissoziiert.

Wiederum bietet sich ein historischer Vergleich mit Energietechnologie an, um diese Argumentation zu plausibilisieren.

Wer in vorindustrieller Zeit über bestimmte Energiequellen (z.B. ein Ochsen gespannt oder einen fallenden Wasserlauf) verfügte, hat meist auch über die *konkreten Nutzungszwecke* dieses Potentials (z.B. das Pflügen von Äckern oder das Mahlen von Getreide) entschieden. Damit sind schmerzhaft Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse verfestigt worden, die dem technischen und sozio-ökonomischen Wandel vielfach hinderlich waren.

Im Gegensatz dazu hat sich eine analoge Machtkonzentration bei der Erzeugung und Verteilung der Elektrizität als sehr viel weniger problematisch erwiesen, weil sie sich immer nur auf die Kontrolle der infrastrukturellen Einrichtungen, nicht aber die konkreten Nutzungsinhalte, bezog. Vielmehr hat sich die Zentralisierung der Kontrolle eher als Quelle der Befreiung erwiesen, weil sie die Implementierung einheitlicher Normenstandards erleichtert hat, die es mir als Konsumenten ermöglichen, in jeder beliebigen Steckdose meinen Rasierapparat anzuschliessen. Ebenso bildete sie die stabile Basis für einen heute noch andauernden Evolutionsprozess, in dessen Verlauf

elektrische Applikationen in immer feinere Nischen unserer Lebensführung (z.B. das Zähneputzen) vordringen und immer anschmiegsamer an unsere wechselnde Bedürfnisse adaptierbar sind.

Analog dazu sind die bisher dominierenden Massenmedien dadurch charakterisiert, dass die Besitzer der instrumentalen Infrastrukturen (z.B. Druckereien, Sendeanlagen u. a.) den Zugang zu deren Verwendung kontrollieren und häufig auch in eigener Regie Programme betreiben oder Periodika edieren. Dies ist deshalb naheliegend, weil die Medien infolge ihrer radialen Unidirektionalität eine isomorph zentralisierte Kontrollstruktur (zur autoritativen Selektion knapper Sendeinhalte) benötigen, wie sie sich im ökonomischen Bereich aus der Konzentration des Kapitalbesitzes und im politischen Sektor aus dem Herrschaftsmonopol des Staatsapparats ergibt.

Für die öffentlichen Computernetze ist charakteristisch, dass sich selbst aus einer globalen Monopolisierung von Faserleitungen, Übertragungssatelliten und Routerstationen keine isomorphe Kontrolle der in ihnen stattfindenden Kommunikationsprozesse mehr ergeben kann, weil die Nutzer gerade im Zuge der Netzvereinheitlichung maximale Chancen erhalten, autonom über alle Modalitäten ihres Sende- und Rezeptionsverhaltens (Inhalt, Emissionsort, Empfängerkreis u. a.) zu bestimmen.

Nie wird man deshalb in der Weise von der "Macht des Internet" sprechen, wie man heute von der Macht der Presse oder des Fernsehens spricht. Die Vorstellung, dass das Internet unter die Kontrolle monopolistischer Konzerne geraten oder in den Griff überdimensionierter "Pressezaren" oder "Medienmogule" geraten könnte, ist so abwegig wie die Idee, eine zentrale Machtinstanz könnte die Zuteilung der Strommengen im Elektrizitätsnetz auf verschiedene Maschinen und Haushaltapparate kontrollieren (und z.B. vom politisch-moralischen Wohlverhalten der Empfänger abhängig machen).

Das Internet ist nicht auf etwas derart Zerbrechliches wie "Macht" angewiesen, um gesellschaftlich bedeutsam zu sein. Seine Relevanz ist hinreichend dadurch gesichert, dass es - wie die Elektrizität - mit der Zeit als allgegenwärtiges, unentbehrliches Fluidum alle Bereiche sozialen und kulturellen Lebens durchdringt

Im diametralen Gegensatz zu Radio und Fernsehen steht der Staat dem Internet durchaus marginal gegenüber. Er sieht das Medium allenfalls als Instrument für Bürgerkontakte oder zur erleichterten und speditiveren Verbreitung von Informationen, sicher aber nicht als effektives Instrument umfassender und wirksamer propagandistischer Indoktrination. Seine Aktivitäten beschränken sich auf halbherzige Versuche, dem globalen Medium gewisse "Leitplanken" (z.B. hinsichtlich der Eindämmung von Rassismus oder Pornographie) zu verordnen: Versuche, die andauernd politisch strittig (und hinsichtlich ihrer technisch-organisatorischen Vollzugschancen fragwürdig) bleiben.

In dieser Situation regrediert staatliche Medienpolitik zunehmend auf die anspruchslosere Frage, wie sich der Staat und seine verschiedenen Organe - als Akteure unter vielen anderen - in den verschiedenen Medien darstellen und zur Geltung bringen sollen. So sieht z.B. die CDU-CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags den kon-

kreten staatlichen Einfluss auf das Internet auf die Durchführung öffentlicher Pilotprojekte (auf Bundes-Länder- und Gemeindeebene) beschränkt.²⁸

Für die politische Öffentlichkeit liegt die grundsätzlichste Bedeutung des Internet darin, dass das formale Grundrecht auf freie öffentliche Meinungsäusserung, dessen faktische Entfaltung bisher durch die zentralistisch verwaltete Medienszene behindert war, nun eine grössere realsoziologische Bedeutung erlangen kann, weil zum erstenmal grössere Prozentanteile der Bevölkerung die zu seiner Wahrnehmung nötigen technisch-ökonomischen Voraussetzungen besitzen.

Ohne über den schliesslichen Wandel politischer Machtverhältnisse eine Aussage zu wagen, erscheint heute immerhin relativ gesichert, dass politische Regimes zukünftig mit mehr manifestem Dissens und vielfältigeren Kristallisationskeimen für kollektive Opposition zu rechnen haben; dass manche intermediären Institutionen und (und dazugehörige Professionen) mit Statusverlusten rechnen müssen; und dass es mit wachsender Grösse und Dichte der Computernetze immer schwieriger werden dürfte, spezifische Kommunikationen an der Verbreitung zu hindern (oder gar ganz aus dem System zu eliminieren).

Infolgedessen werden politische Systeme mit erschwerten Legitimationsproblemen konfrontiert, und liberale Rechtsstaaten werden sich von autoritären Regimes deutlicher als bisher unterscheiden.

Andererseits aber wäre es aus drei Gründen naiv, das Internet als Agens eines technologisch determinierten sozio-politischen Strukturwandels zu betrachten, weil es gerade wegen der erwähnten "Anschmiegsamkeit" dazu disponiert ist, sich in verschiedenste vorgegebene sozio-kulturellen Milieus einzupassen und als willfähiges Werkzeug beliebigsten (individuellen und kollektiven) Handlungszwecken zu dienen. Hinzu kommt, dass es die konventionellen Massenmedien keineswegs ersetzen wird, sondern infolge seiner kontrastierenden Struktur dazu disponiert ist, in ein komplexes Funktionsverhältnis zu ihnen zu treten.

Presse, Radio und Fernsehen werden nach wie vor - ja infolge der ihnen aufgenötigten Spezialisierung noch ausgeprägter - die Aufgabe erfüllen, mit ihrem "Broadcasting" breiten Bevölkerungskreisen konvergente Erlebnisse und Deutungsmuster zu vermitteln, den Zentren und Spitzenrängen gesellschaftlicher institutionen öffentliche Sichtbarkeit zu verleihen, intellektuelle Meinungsführerschaft anzubieten und eine gebündelte öffentliche Meinung zu generieren, die - vor allem im nationalen Rahmen - als "vierte Gewalt" dominierend wirksam werden kann.

Konträr zu dieser zentripetalen, auf gesellschaftliche Integration ausgerichteten Wirkung kommt den Computernetzen eher die Aufgabe zu, mit ihrem "Narrowcasting" eher die Aspekte sozialer Differenzierung und kultureller Heterogenität moderner Gesellschaften zu artikulieren: indem sie die bisher zu restriktive und zu einseitig manipulierte politische Öffentlichkeit 'nach unten' durch eine *basalere Primäröffentlichkeit* erweitern, in der sich ungehindert (aber möglicherweise auch relativ folgenlos) eine unbegrenzte Vielfalt divergierender politischer Identitätsansprüche, Utopien, Ideologien, Meinungen, Interessen, Forderungen und Alternativvorschläge manifestiert.

²⁸ vgl. "10 Thesen zur Zukunft mit den Medien" (von MdB Martin Mayer) <http://www.cducsu.bundestag.de/mayer01.htm>

Literatur

- Anderson, B. 1983: Imagined Communities. Reflections on the origin and spread of nationalism. London, Verso.
- Bonchek, Mark S. 1995: Grassroots in Cyerspace: Using Computer Networks to facilitate Political Participation (Working Paper 95-2.2: Presented at the 53rd Annual Meeting of the Midwest Political Science Association in Chicago, on April 6, 1995) <http://www.ai.mit.edu/people/msb/pubs/grassroots.html%20>
- Bullinga Marcel: Decision-maker/Teledemocracy: Dutch model for teledemocracy via Internet (<http://www.xs4all.nl/~roesderz/english/teledemo/index.html>).
- Fraser, Nancy, 1992: Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy, in: Calhoun Craig (ed.) Habermas and the Public Sphere. Cambridge Mass.: MIT Press, 109-142.
- Geser Hans: Auf dem Weg zur Cyberdemocracy?" Auswirkungen der Computernetze auf die politische Kommunikation. (<http://www.unizh.ch/~geserweb/komoef/ftext.html>).
- Geser, Hans: Wiederbelebung vergessener Traditionen oder Aufbruch ins Dritte Jahrtausend? Neue Chancen politischer und regionaler Identität im Internetzeitalter. (http://socio.ch/intcom/t_hgeser04.htm).
- Habermas, Jürgen, 1969: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, (ergänzte Neuauflage 1990).
- Hiltz, Starr Roxanne/Turoff, Murray, 1993: The Network Nation: Human Communication via Computer Cambridge Mass.: MIT Press (revised edition).
- Hobsbawn, Eric, 1996: The Age of Extremes, New York: Vintage Books, (2nd Edition).
- Kerr, Elaine B./Hiltz, Starr Roxanne, 1982: Computer-mediated Communication Systems: Status and Evaluation. New York/London: Academic Press.
- Li, Tiger, 1990: Computer-mediated Communications and the Chinese Studies in the U.S., in: The Information Society 7, 125-137.
- McCarthy, John/Zald Mayer N., 1977: Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory, in: American Journal of Sociology 82, 1212-1241.
- Schneider, Keith, 1995: Hate Groups Use Tools of the Electronic Trade, in: The New York Times, 13.3.1995, A12.
- Sowa, Tom, 1995b: The Matrix of Hatred, in: Internet World, August 1995b, 62.
- Sproull Lee/Kiesler Sara 1988: Reducing Social Context Cues: Electronic Mail in Organizational Communication, in: Greif Irene (ed.), Computer-Supported Cooperative Work: A Book of Readings, San Matei Cal. Morgan Kaufman Publishers Inc., 683-712.
- Wittig, Michele Andrisin/Schmitz, Joseph, 1996: Electronic grassroots organizing, in: Journal of Social Issues, 52, S. 53-70.
- Ytterstad, Pal/Akelsen, Sigmund/Svendson Gunnvald Teledemocracy: using information technology to enhance political work <http://www.tft.tele.no/internal/sigmund/POT/design.html>